

# FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der  
Deutschen Kommunistischen Partei  
Frankfurt am Main



Ausgabe Mai 2007

1. Mai 2007

## Bescheidenheit ist eine Zier ...

Die Gewinne allein der körperschaftssteuerlichen Kapitalgesellschaften, AG's und GmbH's, sind zwischen 2000 und 2006 um 50 Prozent gestiegen - von 224 Milliarden Euro auf 337 Milliarden Euro.

**Viele Großkonzerne und Banken schreiben die besten Bilanzen seit Einführung der Buchhaltung!**

Die Manager der großen Unternehmen schwimmen im Geld.

Unsere Realeinkommen dagegen bewegen sich unterhalb des Niveaus der 90er Jahre. Die Renten für die Rentner/innen werden nach mehreren Null-Runden um beschämende 0,54 % angehoben.

Wir hoffen, dass die Kolleginnen und Kollegen der IG-Metall mit der gegenwärtigen Tarifrunde



Frankfurt: Aktion zur Tarifrunde 1986

das Ende der Bescheidenheit einläuten und sich nicht mit niedrigen Prozenterhöhungen oder Einmalzahlungen abspeisen lassen. **6,5 % Plus ist Muss** und setzt ein Zeichen für

die folgenden Tarifrunden in der Bau- und Druckindustrie, im Einzel- und Großhandel sowie weiteren Branchen und nachfolgende Renten-erhöhungen.

**Auch dafür demonstrieren wir**

## Achtung! Gauner unterwegs

Das Erwerbslosenforum warnt vor Betrügern, die sich als "Sozialermittler" der Arbeitsagenturen (ARGE) Eintritt in Wohnungen verschaffen, um dann bei den Menschen, die schon fast nichts mehr haben, eventuell vorhandene Wertgegenstände zu klauen. Das Forum rät dringend, niemanden hereinzulassen. Auch Mitarbeiter der ARGEN dürfen sich keinen Zugang verschaf-

fen. Das darf nur die Polizei, und auch nur mit richterlicher Anordnung. Auch freiwillig und nach Ankündigungen muss niemand seine Wohnung kontrollieren lassen. Die "Sozialkontrolleure", deren Aufgaben fast alle rechtswidrig sind, müssen wieder abgeschafft werden. (siehe: [www.erwerbslosenforum.de](http://www.erwerbslosenforum.de))

**Keine Ein-Euro-Jobs ohne Mitbestimmung**



Fortsetzung Seite 2....

Fortsetzung von Seite 1, "Achtung ! Gauner unterwegs"

Ende März entschied das Bundesverfassungsgericht, dass bei Einstellung von Ein-Euro-Jobbern die Personalräte Mitbestimmungsrecht haben. Damit kann dem schleichenden Personalabbau im öffentlichen Dienst ein Riegel vorgeschoben werden. Dort werden reguläre Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs ersetzt. Nach den Vorschriften sollen diese aber "zusätzlich" sein und "im öffentlichen Interesse liegen". Wieviel Hartz-IV-Empfänger müssen für die Stadt Frankfurt für 1,50 Euro arbeiten?

### Zwangsarbeit für alle

Was mit den Ein-Euro-Jobs geplant ist, offenbarte jetzt Wirtschaftsminister Glos. Jeder Erwerbslose soll einer "öffentlich bereit gestellten Arbeit - in Form von Ein-Euro-Jobs nachgehen, andernfalls droht die Streichung der Hilfe" (dpa 23.3.07). Das würde 1,4

Millionen Arbeitslose in Jobs bringen. Das wäre bei Licht betrachtet die Vernichtung einer entsprechenden Zahl regulärer Arbeitsplätze. Die Konsequenz: eine entsprechende Erhöhung der Zahl der Erwerbslosen.

Die werden dann flugs wieder zu Ein-Euro-Jobs verdonnert, die dann weitere Arbeitsplätze vernichten.

### z.B: Erzieherinnen

Arbeitslose Erzieherinnen sollen für den Ausbau der Kinderbetreuung "aktiviert" werden. "Wir haben allein 30.000 arbeitslose Kindergärtnerinnen in Deutschland, 16.000 davon sind Hartz-IV-Empfängerinnen", so die Bundesagentur für Arbeit.

"Sie könnten sich z.B. um die Kinder von anderen, allein erziehenden Arbeitslosen kümmern..." (aus: Focus 11/2007). Es bleibt dabei:

### Hartz-IV muss weg!



## DKP fordert:

- ✓ Allgemeine Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit!
- ✓ Arbeitsplätze statt Überstunden!
- ✓ 32 Stunden sind genug - weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- ✓ Runter mit dem Rentenalter - Rente mit 60!
- ✓ Ausbau des Kündigungsschutzes. Verbot von Massenentlassungen, solange das Unternehmen Gewinne macht!
- ✓ Das Privatvermögen der Spitzenmanager wird bei Konkursen zur Finanzierung der Gehälter herangezogen!
- ✓ Höhere Löhne und Renten - mehr Kaufkraft - mehr Nachfrage Das sichert und schafft Arbeitsplätze!
- ✓ Ein Arbeitsplatz muss zum Leben reichen! Schluss mit dem Niedriglohnsektor und ungeschützten Arbeitsverhältnissen!

### weg mit Hartz IV!

## Koch ein Betonfeind?

Die Hessische Landesregierung gibt ein Propagandablättchen mit dem gut hessischen Namen "Newsletter" heraus. Dort ist regelmäßig ein "Zitat der Woche" zu lesen. Anfang März wurde Ministerpräsident Roland Koch zitiert, mit dem erstaunlichen Spruch: "Ein weiteres Zupflastern der Landschaft lehne ich ab." Nanu, ist der brutalst mögliche Regierungschef auf einmal zum Gegner einer weiteren Startbahn für den Frankfurter Flughafen geworden, ist er gegen mehr und breitere Straßen, gegen immer neue Einkaufszentren auf bisher noch grünen Wiesen? Nein, es ist alles in Ordnung, nichts davon meint Koch. Nur gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen hat er etwas. Die könnten ja langfristig die Gewinne seiner Freunde und Gönner in den Energiekonzernen gefährden.



## DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 - 46 00 59 67  
Fax: 069 - 95 51 76 05  
email: dkp-frankfurt@email.de  
Internet: www.dkp-frankfurt.de

Wir danken für Spenden für die Stadtzeitung und die DKP!!

Konto-Nr.: 194 027 603  
Postbank Ffm. - BLZ: 500 100 60

## aus der Welt von Arbeit und Kapital

### 32.817 Arbeitslose gab es Ende März in der Stadt Frankfurt.

Dazu kommen 4.000 bis 5.000 Menschen, die zwar arbeitslos, aber älter als 58 Jahre sind, oder als Ein-Euro-Jobber/innen arbeiten. Zwei von vielen Statistiktricks, mit denen die Arbeitslosigkeit heruntergerechnet wird. Die "amtliche" Frankfurter Arbeitslosenquote von 9,7 % lag deutlich über der des Landes Hessen mit 8,2 %.

**Ein-Euro-Jobs:** Die Linke/WASG im Stadtparlament hat ermittelt, dass allein im Grünflächenamt der Stadt 100 Ein-Euro-Jobber (!) tätig sind. Ebenso viele Offene Stellen sind hier nicht besetzt. Sie fragt den Magistrat, warum die Ein-Euro-Jobs nicht in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden und welche Mehrkosten den Sozialkassen dadurch entstünden.

**7 Millionen Arbeitsplätze fehlen bundesweit** - Das ergab eine Untersuchung der Bremer Memorandumsguppe. Diese veröffentlicht ihre Schätzung in ihrem Jahresgutachten für 2007. ([www.memo.uni-bremen.de](http://www.memo.uni-bremen.de))

**"Ausbildungsmarkt ("Markt" ... d. Verf.) in Hessen weiter angespannt"** titelt die Regionalagentur Hessen der Bundesagentur für Arbeit in ihrem Märzbericht. Bisher haben sich hessenweit 34.500 junge Menschen gemeldet, die einen Ausbildungsplatz suchen. 20.500 von ihnen sind "Altbewerber", die bereits im vergangenen Jahr oder noch früher die Schule verlassen haben - sie stehen seitdem auf der Straße.

**VDO - Karben in Gefahr:** Nach Informationen des Betriebsrats ist auch das VDO-Werk in Karben von Schließung bedroht. Von den vielen Tausend Arbeitsplätzen, die das traditionsreiche Werk in Frankfurt-Bockenheim einst hatte, sind ohnehin nur noch eintausendfünfhundert übrig geblieben.

## Gegen Studiengebühren!

Gegen den Widerstand vieler Studentinnen und Studenten hat die CDU-Mehrheit am 5.

Oktober 2006 im Hessischen Landtag das sogenannte Studienbeitragsgesetz verab-



Fortsetzung Seite 4....

## Rabe meint..



Der Generationenvertrag sei gefährdet ... tönt es landauf, landab in allen Zeitungen, aus allen Fernsehkanälen.

Begründet wird dies damit, dass die ältere Generation immer älter werde und zu wenige Kinder geboren würden.

Das leuchtet auf den ersten Blick ein.

Denn tatsächlich verändert sich die Altersstruktur der Gesellschaft. Dadurch seien die Renten für die spätere Generation nicht mehr gesichert, hören alte und junge Menschen von den Politikern und so genannten Experten. Eine aktiv im Arbeitsleben stehende Arbeitskraft müsse für die Renten mehrerer Rentner aufkommen.

Vor ca. 100 Jahren waren 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft nötig, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Heute reichen wegen der höheren Arbeitsproduktivität 4 Prozent der Bevölkerung aus. Wir müssen heute sogar die Lebensmittelproduktion drosseln.

Es geht also nicht darum, wie viele Erwachsene im Rentenalter einer aktiven Arbeiterklasse gegenüberstehen, sondern um die Produktivität der Arbeit.

Sie ist heute so groß, dass eine Arbeitskraft ausreichen würde, zwei oder drei Rentner zu ernähren, sofern das Mehrprodukt, das diese Arbeitskraft erzeugt, nicht vom Kapital, sondern gesellschaftlich angeeignet werden würde.

meint *Ihr Rabe*

schiedet. Danach müssen Studierende ab dem kommenden Wintersemester in Hessen mindestens 500 Euro für jedes Semester zahlen. Wenn sie es nicht können, sollen sie dafür einen Kredit aufnehmen.

Vor 60 Jahren wurde die Hessische Verfassung als eine der wenigen in Deutschland vom Volk beschlossen. Darin heißt es in **Artikel 59: "(1) In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten.**

Das Gesetz muss vorsehen, dass für begabte Kinder sozial Schwächergestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind.

Es kann anordnen, dass ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder der sonst Unterhaltspflichtigen es gestatten." Während die Verfassung als einzige Ausnahme Gebühren für diejenigen vorsieht, die es sich leisten können, macht die CDU mit ihrem Studienbeitragsgesetz die Ausnahme zur Regel. Das muss verhindert werden! Ein Prozent der Wahlberechtigten, das sind derzeit 43.308 Bürger, kann ein Gesetz zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit vor den Hessischen Staatsgerichtshof bringen. Dort wird dann seine Verfassungsmäßigkeit überprüft. **Was ist zu tun?** Holen Sie sich ein Formular, füllen es aus und gehen damit

und mit Ihrem Personalausweis zum Einwohnermeldeamt. Das Formular und weitere Informationen bekommen Sie beim AStA, unter **www.verfassungsklage-bildung.de** oder beim Büro der Initiative, Tel.: 069 - 70 72 06 81.

Helfen Sie mit, dass die Klage gegen die Studiengebühren zustande kommt!

Machen Sie die Verfassungsklage möglich durch Ihre Unterschrift!

Mehr Infos unter:

**www.hessen.uebergebuhr.de**



## Rhein-Main gegen G8

Inzwischen laufen die Vorbereitungen für Aktionen anlässlich des Treffens der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, den USA und Russland vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm, Mecklenburg, auf Hochtouren.

Alle Informationen unter:

**www.linksnavigator.de**

# FEST DER SOLIDARITÄT

**Volksfest der DKP & UZ ★ 22.-24. Juni 2007  
Dortmund Revierpark Wischlingen**

Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button für 5,- Euro Solidaritäts-Beitrag zu kaufen für den Besuch aller Veranstaltungen.

► Bestellung: Tel. 0201 - 17 78 89 0

Fax 0201-17 78 89 29

E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de



**Mit Konstantin Wecker**

